

Informationen zur Datenverarbeitung

(Stand: 01.04.2019)

Die nachfolgenden Informationen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten werden Ihnen gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO) zur Verfügung gestellt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landeshauptstadt Potsdam
Der Oberbürgermeister
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Organisationseinheit	Fachbereich Feuerwehr
Telefon:	0331 / 3701 220
Fax:	0331 / 294 195
E-Mail:	Feuerwehr@Rathaus.Potsdam.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Telefon:	0331 / 289 - 1115
Fax:	0331 / 289 - 841115
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@rathaus.potsdam.de

3. Datenverarbeitung

Es werden zu einem Objekt, einer baulichen Anlage oder zu einem Veranstaltungsort die folgenden bei der betroffenen Person selbst erhobenen personenbezogenen Datenarten/Datenkategorien verarbeitet:

Name, Vorname, Beruf und Funktion (z.B.: Objekteigentümer, Veranstalter), Telefonnummer, E-Mail, Anschrift der Personen (falls diese von der Objektanschrift abweicht), Anschrift des Objektes, Gemarkung, Flur, Flurstück)

4. Zwecke und Grundlagen der Datenverarbeitung

Die Daten werden ausschließlich erhoben für die:

- Objektdatenverwaltung
- Durchführung von Brandverhütungsschauen
- Stellungnahmen im Rahmen von Prüfungen durch den Bereich Bauaufsicht
- Stellungnahmen im Rahmen einer Beteiligung durch einen Prüfer für Brandschutz bei der Prüfung von Brandschutzkonzepten
- Durchführung dienstlicher Aufgaben wie Anleiter- und Befahrproben; Inbetriebnahme von Brandmeldeanlagen und Feuerwehrschießungen für Zufahrten und Zugänge, Abstimmung von Brandschutzordnungen, Feuerwehrlaufkarten und Feuerwehrplänen
- Prüfung von Sicherheitskonzepten für Großveranstaltungen
- Behördenbeteiligung bei einer Marktfestsetzung
- Gefahrenabwehr
- Einsatzplanung / Feuerwehrpläne
- Sicherstellung von Brandsicherheitswachdiensten

Die Datenerhebung erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m.

- dem Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz – (BbgBKG), insbesondere § 17 Abs. 5 und 6 BbgBKG, z.B § 58 Abs. 3 BbgBauO
- der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO), z.B § 58 Abs. 3 S. 1 BbgBauO
- dem Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG)

Gemäß den gesetzlichen Grundlagen sind Sie zur Angabe Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet. Die Nichtangabe kann gegebenenfalls mit einer Geldbuße geahndet werden.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet

- keine automatisierte Entscheidungsfindung statt.
- eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt, Art. 22 DS-GVO.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls folgenden Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern zugänglich gemacht:

- innerhalb des Verantwortlichen:
 - dem Oberbürgermeister und dem Fachbereich Feuerwehr
 - Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, insbesondere Bereich Untere Bauaufsicht, im Rahmen der gesetzlich geregelten Beteiligung
 - sowie unterstützende bzw. mit übergreifenden Aufgaben befasste Bereiche der Verwaltung
- Auftragsverarbeiter
 - sorgfältig ausgewählte Dienstleister, die nur im Rahmen einer Datenverarbeitung im Auftrag weisungsgebunden für die Landeshauptstadt Potsdam tätig werden

- ☒ Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):
 - LAVG Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit
 - LASV Landesamt für Soziales und Versorgung
 - LfU Landesamt für Umwelt
 - Sonstige Dritte, sofern ein berechtigtes Interesse an der Datenübermittlung im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO besteht, z.B. beauftragte Rechtsanwälte im Falle von rechtlichen Streitigkeiten

7. Dauer der Speicherung

- Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von: 10 Jahren nach Kenntnis des Verantwortlichen über den Abriss des Gebäudes bzw.
- 10 Jahre nach Kenntnis über den Abriss des Gebäudes

8. Betroffenenrechte

Jede von der Datenverarbeitung betroffene Person hat bei Vorliegen der Voraussetzungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- ☒ Im Falle einer erteilten Einwilligung zur Datenverarbeitung: ein jederzeitiges Widerrufsrecht in der Form der zulässigen Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)
(Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.);
- ☒ Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO);
- ☒ Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft
(Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.);
- ☒ Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO)
(Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.);
- ☒ Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen

Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DSGVO).

9. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet wurden. Die Beschwerde kann gerichtet werden an:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow

Telefon:	033203 / 356 - 0
Fax:	033203 / 356 - 49
E-Mail:	poststelle@lda.brandenburg.de